

Bezirkstag Pfalz



Infobrief

Rundbrief Nr. 13/ März 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,

im heutigen Rundbrief findet ihr einen Bericht zur Sitzung des Gedenkbeirats des Bezirksverbandes, Termine sowie meine Pressemitteilungen seit Januar. Ich wünsche euch viel Spaß und Information beim Lesen.

Weitere Informationen wie immer auf www.die-linke-bezirkstagpfalz.de .

Mit solidarischen Grüßen

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Sitzung Gedenkbeirat in Pirmasens

Am 24. Februar fand im Pirmasenser Rathaus die Sitzung des Gedenkbeirats des Bezirksverbandes Pfalz statt. Anlass war die Präsentation des Pirmasenser Gedenkprojekts für die Opfer des Nationalsozialismus. An der Sitzung nahmen Brigitte Freihold für DIE LINKE als Mitglied des Bezirkstages sowie der Pirmasenser Kreisvorsitzende Frank Eschrich als Gast teil. Frank Eschrich engagiert sich seit Jahrzehnten für die Gedenkarbeit in Pirmasens und hat als Mitglied des Arbeitskreises Geschichte der Juden zahlreiche Schicksale von Holocaust Opfern für die Präsentation auf der homepage der Stadt Pirmasens aufbereitet.

Heike Wittmer vom Stadtarchiv Pirmasens erläuterte die Entwicklung des Gedenkprojekts seit den 2000er Jahren. Im Jahr 2004 wurde von der Pirmasenser Stadtverwaltung das Buch „Juden in Pirmasens – Spuren ihrer Geschichte“ als Gemeinschaftsprojekt der Stadt Pirmasens und dem Arbeitskreis Geschichte der Juden veröffentlicht. An dem Buch arbeiteten verschiedene Autoren mit, u.a. der heutige Vorsitzende des Gedenkbeirats Bernhard Kukatzki als hauptamtlicher Mitarbeiter, Dunja Maurer von der Pirmasenser Stadtverwaltung sowie Autoren vom Arbeitskreis Geschichte der Juden, allen voran Otmar Weber und Frank Eschrich.

Nach der Veröffentlichung folgten zahlreiche Ideen und Konzeptentwürfe für ein zentrales Denkmal für die Holocaust-Opfer, die aber nie umgesetzt und verworfen wurden. Schließlich fasste im Jahr 2014 der Pirmasenser Stadtrat einen denkbar knappen Beschluss gegen die Verlegung von Stolperscheine und für die Anbringung

von Personen- und Sachtafeln an Häusern sowie die Errichtung eines zentralen Denkmals am Pirmasenser Hauptbahnhof. Dies war der Beginn des heutigen Gedenkprojekts für die Opfer des Nationalsozialismus in Pirmasens.



Das Foto links zeigt die Einweihung der Gedenkstelen in der Grünanlage vor dem Pirmasenser Hauptbahnhof am 24. September 2014 mit zahlreichen Gästen aus Politik, Kultur und von Opferverbänden.

Zum heutigen Stand sind an 15 Standorten Gedenktafeln angebracht, u.a. in der Schäferstraße, der Alleestraße, an der Festhalle, der ehemaligen Synagoge und an der Nagelschmiedsbergschule

Foto: Stadtverwaltung Pirmasens

Gedacht wird den Holocaust Opfern, aber auch allen anderen Opfern, die aus politischen, religiösen und anderen Gründen verfolgt wurden. Dazu werden Gedenktafeln an den jeweiligen Wohnorten der Verfolgten und Sachtafeln angebracht, z.B. am Standort der ehemaligen Synagoge, der jüdischen Schule, an Orten des ehemaligen jüdischen Geschäftslebens oder Orten, die an die Pogromnacht oder die Arisierung erinnern. Auf den Gedenktafeln ist ein QR-Code eingraviert, der einen direkten Zugang per Smartphone auf die im Internet hinterlegten Hintergrundinformationen ermöglicht. Mit diesen neuen Medien will man insbesondere der jungen Generation den Zugang zum Gedenkprojekt erleichtern und zu einer Beschäftigung mit den historischen Ereignissen motivieren. Unter folgendem Link können die Gedenkorte in Pirmasens aufgerufen werden: <http://www.pirmasens.de/dante-cms/29373/Gedenkorte.html>

Bis auf das Mitglied der AfD fand das Pirmasenser Gedenkprojekt großen Zuspruch bei den übrigen Mitgliedern des Gedenkbeirates und wurde als herausragende Leistung aller Beteiligten und als vorbildlich charakterisiert. Weiterhin berichtete Heike Wittmer, dass die Neuauflage des Buches „Juden in Pirmasens“ kurz vor der Vollendung steht. Die Neuauflage wird zum ersten Mal eine Gesamtliste der Pirmasenser Holocaust Opfer enthalten, die von Frank Eschrich in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv und dem Arbeitskreis Geschichte der Juden erstellt wurde. Berücksichtigung fanden 281 ehemalige jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Pirmasens geboren wurden oder längere Zeit in Pirmasens lebten.

Gregor Gysi hat Wurzeln in Pirmasens

Bei der Recherche für die Neuauflage des Buches Juden in Pirmasens und durch die Verlegung eines Stolpersteines für Lina Potolowsky in Berlin wurde bekannt, dass der langjährige Partei- und Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Gregor Gysi, Wurzeln in Pirmasens hat. Lina Potolowsky wurde als Lina Frank am 16. November 1866 in

Pirmasens geboren und war die Urgroßmutter von Gregor Gysi. Lina Potolowskys Tochter Erna heiratete 1911 den Medizinstudenten Hermann Gysi und brachte 1912 Klaus zur Welt, den Vater von Gregor Gysi. Auch der Bruder von Erna Gysi, Siegmund Frank, Gregor Gysis Großonkel, stammte aus Pirmasens. Er wurde am 9. Februar 1872 in Pirmasens geboren und wohnte in der Bahnhofstraße 33. Wohl im Zuge der Evakuierung der Stadt Pirmasens am 1. September 1939 hat er Pirmasens verlassen und lebte in Berlin. Vor seiner Deportation beging Siegmund Frank am 16. Mai 1942 in Berlin Selbstmord.

Online Gedenkbuch und Fahrt nach Gurs

Weitere Tagesordnungspunkte waren die Auflage eines Online-Gedenkbuches des Bezirksverbandes Pfalz, mit dem allen pfälzischen Holocaust Opfern gedacht werden soll, sowie der Besuch der Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Gurs in Südfrankreich durch eine Delegation des Bezirkstages. Nach Gurs wurden vor allem Juden aus der Pfalz, Baden und dem Saarland von den Nazis verschleppt. Das berüchtigte Pyrenäen-Lager war vor allem durch Haftbedingungen unmenschlichster Art bekannt und war für die meisten inhaftierten Juden Zwischenstation zu den Gaskammern in Auschwitz. An der diesjährigen Gedenkfahrt nach Gurs im April wird für DIE LINKE Brigitte Freihold teilnehmen.

Pirmasenser Zeitung vom 1. März 2017 zur Sitzung des Gedenkbeirats

„Flexibel und nachhaltig“

Lob für vernetzte Nationalsozialismus-Opfer-Gedenkarbeit der Stadt

■ Viel Lob erhielt das Pirmasenser Gedenkprojekt für die Opfer des Nationalsozialismus in der Stadt vom Vorsitzenden des Beirats für Gedenkarbeit im Bezirkstag, Bernhard Kukatzki (SPD). Der Beirat tagte kürzlich im Rathaus.

„Sehr beeindruckend“ nannte Kukatzki den Weg der Stadt, Gedenktafeln an Häusern, in denen Opfer des Nationalsozialismus zuletzt wohnten, mit sogenannten QR-Codes auszustatten. Diese können mittels einer App mit jedem Smartphone ausgelesen werden und führen direkt zu den Beschreibungen der Opfer auf den Internetseiten der Stadt. Diese Verknüpfung von Gedenktafeln und weiterführenden Informationen bezeichnet der Vorsitzende als sehr flexibel und nachhaltig.

Zuvor hatte Stadtarchivarin Heike Wittmer den Mitgliedern des Beirats einen kurzen Überblick über die Archivarbeit zu diesem Thema geboten. Hier stützt sich das Stadtarchiv auf Zuarbeit des Arbeitskreises „Geschichte der Juden in Pirmasens“. Auch diese Zusammenarbeit eines Arbeitskreises mit einer Stadtverwaltung zu den Recherchen zu Opfern des Nationalsozialismus hob Kukatzki lobend hervor. Es gebe Städte, in denen diese Gedenkarbeit ausschließlich ehrenamtlich getan werden müsse.



Am Pfarrhaus der Lutherkirche erinnert eine Tafel an den früheren Pfarrer Oswald Damian, der QR-Code unter der Schrift führt zu weiteren Informationen im Internet. (Foto: Fuhser)

Der Vorteil der Gedenktafeln samt QR-Code an einigen Häusern sei auch, dass etwa weitere Recherchen oder Facharbeiten zum Thema an Gymnasien hinterlegt und leicht gelesen werden können, sagte Wittmer. Etwas skeptisch, was die Nutzung von QR-Codes betrifft, zeigte sich Beiratsmitglied Ruth Ratter (Die Grünen).

Sie sehe die Nutzung der kleinen Programme zu m Auslesen der QR-Codes auf Smartphones rückläufig.

Keine Nachhaltigkeit sah Thomas Lutz, Mitglied des Beirats und für die AfD im Bezirkstag, bei diesen Gedenktafeln an Häusern. Lutz hält „Stolpersteine“ im Pflaster vor den Häusern für die bessere Wahl. Frank

Eschrich (Linke), aktives Mitglied des Arbeitskreises zur Geschichte der Juden und als Zuschauer bei der Sitzung, hatte im Stadtrat für die „Stolpersteine“ gekämpft, der Rat war 2013 mit knapper Mehrheit dagegen. Eschrich betonte jedoch, dass er die Tafeln samt Codes jedoch für eine gute Lösung halte. (mfu)

Termine im Frühjahr 2017

Besuche der Einrichtungen des Bezirksverbandes

Für den 1. April 2017 ist der Beginn einer Serie von Besuchen der LINKEN im Bezirkstag und den Ausschüssen des Bezirksverbandes in den Einrichtungen des Bezirksverbandes geplant. Zum Anfang lädt Brigitte Freihold die Ausschussmitglieder der LINKEN zu einem Besuch in die Pfalzgalerie ein. Nach der Besichtigung soll ein Beisammensein und Meinungsaustausch stattfinden. Eine Einladung mit genauen Daten erfolgt mit getrennter Post.

Konferenz sozial-ökologischer Umbau

Um die Zusammenarbeit der pfälzischen Kreisverbände zu stärken, ist für den 13. Mai 2017 eine Konferenz des „Arbeitskreises Pfalz“ geplant, der die 16 kreisfreien Städte und Landkreise des Bezirksverbandes Pfalz umfasst. Inhaltlich wird sich die Konferenz mit den Themen sozial-ökologischer Umbau und Regionalentwicklung befassen. Eröffnet und begleitet wird die Konferenz von der LINKEN im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold. Die Konferenz richtet sich an die kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der LINKEN in der Pfalz sowie an die Kreisvorsitzenden. Koordinierung und Einladung erfolgen durch den Landesvorstand.

Fortbildungsseminar Biosphärenreservat

Inhalte: Rechtsrahmen und Gebietskulisse des Naturparks, Handlungsprogramme und nachhaltige Regionalentwicklung sowie integrierte Klimaschutzkonzepte, Förderprogramme und das bereits vom Bezirkstag verabschiedete ZENEPA-Projekt.

Seminarleitung: Ralf Gebhard, Diplom Forstwirt (TU), Büro für Landnutzungsmanagement, Pirmasens



Ralf Gebhard

Seminarbuchung

DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz bietet in Absprache mit Referent Ralf Gebhard das Fortbildungsseminar Biosphärenreservat gerne als Weiterbildungsseminar für Fraktionen und Interessierte an.

Entsprechende Anfragen und Terminvorschläge können an brigitte.freihold@die-linke-ps.de gerichtet werden.

Pressemitteilungen

Pressemitteilung 23. Februar 2017

Naturparkfinanzierung weiter auf tönernen Füßen

DIE LINKE im Bezirkstag: Verweis der Landesregierung auf EU-Fördertöpfe behebt Problem nicht

Seitdem der Bezirksverband Pfalz die Trägerschaft für den Naturpark Pfälzerwald übernommen hat, liegt der Bezirksverband im Clinch mit der Landesregierung über die Finanzierung der damit übertragenen Aufgaben. Von Seiten der Landesregierung wird bisher die Schaffung eines eigenständigen Haushaltstitels Naturpark Pfälzerwald abgelehnt, stattdessen auf Fördermöglichkeiten der EU verwiesen.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Die direkten Zuschüsse des Landes für den Naturpark Pfälzerwald beschränken sich weitgehend auf Personalkosten für wissenschaftliche Mitarbeiter und Sachkosten. Die vielfältigen Aufgaben wie Natur- und Artenschutz, Klimaschutz, naturnahe Erholung, nachhaltiger Tourismus, Regionalentwicklung, Bildung und Information zu Landschaft und Natur oder umweltgerechte Landnutzung lassen sich damit bei weitem nicht finanzieren. Die damit verbundenen Kosten fließen – wenn überhaupt – innerhalb von speziellen Handlungsprogrammen der Landesregierung zu ausgewählten Bereichen, stellen aber keine eigenständige Finanzierungsgrundlage des Naturparks und seiner Trägerschaft durch den Bezirksverband dar. Ansonsten verweist die Landesregierung gerne auf die Projektförderung durch EU-Töpfe, allen voran LEADER und das daraus abgeleitete Entwicklungsprogramm Eulle auf Landesebene.

Gerade letzteres ist für die Finanzierung von Aufgaben des Naturparks überhaupt nicht gedacht, sondern das Programm soll Einzelprojekte der ländlichen Entwicklung fördern, die, verteilt über ganz Rheinland-Pfalz, von den lokalen Aktionsgruppen bis hin zu Privatleuten für das Förderprogramm angemeldet werden sollen - deshalb sollen, weil dies in der Praxis vollkommen anders aussieht. In der Realität sind die bürokratischen Hürden dafür so hoch und die praktische Handhabung so intransparent und kompliziert gestaltet, dass letztendlich politisch besetzte Fachgremien die Entscheidungen treffen. So müssen lokale Leader Aktionsgruppen erst mal gemeinnützige Vereine gründen, bis sie überhaupt tätig werden können. Darauf sattelt zusätzlich noch ein Regionalmanagement und ganz oben das zuständige Ministerium, das über die Vergabe der Fördermittel entscheidet. Damit wird das propagierte „Bottom Up“ - Prinzip ab absurdum geführt, denn politische Laien oder gar Bürgerinnen und Bürgerinnen haben in diesem Förderdschungel und auf den unterschiedlichen Entscheidungsebenen kaum eine Chance, sich durchzusetzen. Sie dürfen in öffentlichkeitswirksam gestalteten Anhörungen ihre Ideen und Konzepte abliefern – entscheiden, was tatsächlich umgesetzt wird, tun andere.

Und mit dieser Förderpraxis schließt sich der Kreis. Das Land überträgt umfängliche Aufgaben auf den Naturparkträger, ohne die dafür erforderliche Finanzierung bereit

zu stellen. Dafür werden dann EU-Töpfe angezapft und damit dem Grunde nach zweckentfremdet, indem genau die Projekte finanziert werden, die die Finanzierungslücken des Naturparks schließen helfen und deshalb politisch erwünscht sind.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Pressemitteilung 27. Januar 2017

Rettet die Kultur!

DIE LINKE im Bezirkstag: Gemeinsames Auftreten aller pfälzischen Kommunen gegen Deckelung freiwilliger Aufgaben

Die Städte Kaiserslautern und Ludwigshafen haben einen „Brandbrief“ an das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur geschrieben. Inhalt: Durch die Deckelung der Ausgaben für freiwillige Leistungen werden insbesondere kulturelle Einrichtungen in Kürze unfinanzierbar. Aufhänger für die Stellungnahme der beiden Kulturbürgermeisterinnen aus Kaiserslautern und Ludwigshafen im vergangenen Herbst waren die bevorstehenden Haushaltsberatungen und die zu verabschiedenden Zuschüsse für das Pfalztheater und den Pfalzbau.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Als Reaktion auf den Brief der Bürgermeisterinnen Wimmer-Leonhardt und Reifenberg erklärte das Ministerium, man sei bereit, die anstehenden Tarifierhöhungen für die Beschäftigten zu übernehmen, allerdings nur in der Höhe, wie sie die Träger der Einrichtungen selbst erbringen. An der festgelegten Deckelung, d.h. keine Aufstockung der freiwilligen kommunalen Ausgaben zu genehmigen, wollte man nicht rütteln. Damit beißt sich die Katze in den Schwanz, denn Tarifierhöhungen und andere Kostensteigerungen führen logischerweise zu Mehrausgaben bei den freiwilligen Leistungen, die gerade nicht genehmigungsfähig sind. Ausweg aus dem Dilemma wäre die Anerkennung einer kulturellen Grundversorgung als kommunale Pflichtaufgabe, für die ein grundsätzlicher Rechtsanspruch auf Gegenfinanzierung durch das Land ableitbar wäre. Diese bereits öfter vorgetragene politische Forderung wäre nichts Geringeres als ein vollständiger Paradigmenwechsel und dementsprechend unrealistisch. Deshalb sollte ungeachtet der Richtigkeit solcher Forderungen zunächst Gleichheit bei der Finanzierungssystematik eingeführt werden. Das heißt konkret: Bleibt die kommunale Aufsichtsbehörde ADD bei ihrem strikten Nein zu prozentual und nominal steigenden Mehrausgaben im freiwilligen Bereich, können Kommunen nicht weiterhin vertraglich zu prozentualen Zuschüssen für Kultureinrichtungen verpflichtet werden, sondern müssen ihrerseits die kommunalen Zuschüsse auf bestimmte Beträge deckeln. Damit blieben die in der Regel jährlich anfallenden Kostensteigerungen von kommunaler Seite aus ungedeckt und die Landesregierung müsste sich bekennen: Entweder Aufhebung des „ADD-Deckels“ oder Kultureinrichtungen schließen. Letzteres würde sie auf Grund des zu erwartenden Aufschreis und Imageverlustes kaum tun – schon gar nicht, wenn die 8 Städte und 8 Landkreise des Bezirksverbandes an dahingehende politische Erklärung abgeben würden.“

Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Die ADD stellt mit ihrem Verhalten die Kommunen letztendlich vor die Wahl, entweder ein Theater zu schließen, um das Schwimmbad zu erhalten oder umgekehrt. Denn Mehrausgaben auf der einen Seite müssen apodiktisch durch Einsparungen auf der anderen Seite innerhalb der freiwilligen Leistungen erbracht werden.

Gerade der Bezirksverband als Träger wichtiger Kultureinrichtungen ist nun in der Pflicht, einen Appell an die Landesregierung zu richten. Einzelaktionen der Kommunen sind erwünscht, aber gemeinsam sind wir stärker. Der Appell kann nur lauten: Rettet die Kultur!“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

DIE LINKE.
im Bezirkstag Pfalz